

# DSW Positionen zur 21. Legislaturperiode

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) ist eine international tätige Entwicklungsorganisation mit dem Ziel, das Potenzial der größten Jugendgeneration aller Zeiten zu fördern, um damit zu einer zukunftsfähigen Bevölkerungsentwicklung beizutragen. Auf politischer Ebene setzt sich die DSW für eine verlässliche Entwicklungsfinanzierung, das Recht auf körperliche Selbstbestimmung junger Frauen und Mädchen sowie für die Förderung von Forschung und Innovation zur Bekämpfung armutsassoziierter Krankheiten und zur Verbesserung der Frauengesundheit ein.

Angesichts globaler Gesundheitskrisen und wachsender Geschlechterungerechtigkeit sind die kommenden vier Jahre von entscheidender Bedeutung. **Die politischen Entscheidungen der nächsten Legislaturperiode werden maßgeblich bestimmen, ob es gelingt, unser gesellschaftliches Zusammenleben gerechter, gesünder und zukunftsfähiger zu gestalten.**

## Empfehlungen der DSW

Mit diesem Positionspapier formuliert die DSW zentrale politische Empfehlungen für die 21. Legislaturperiode. Nur durch gezielte Maßnahmen kann Deutschland seiner globalen Verantwortung gerecht werden und weltweit zu mehr Gesundheit, Geschlechtergerechtigkeit und Chancen für kommende Generationen beitragen.

### Entwicklungszusammenarbeit

- **Eine menschenrechtsbasierte Entwicklungspolitik im Sinne der Agenda 2030 zu verfolgen**, deren Hauptziel die Reduzierung von Armut sowie die sozioökonomische Entwicklung der Partnerländer ist und damit zu guten Lebensbedingungen für alle Menschen beiträgt.
- **Entwicklungszusammenarbeit stärkt Sicherheit und Stabilität**, indem Konfliktursachen und Instabilität vorgebeugt werden. Präventives Handeln ist kosteneffizienter und nachhaltiger als die spätere Krisenbewältigung.
- Deutschland muss sich auf **EU- und UN-Ebene** aktiv und entschlossen für Frauenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte, insbesondere sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR), einsetzen und diese gemeinsam mit Gleichgesinnten verteidigen – auch durch hochrangige Regierungsvertretung in internationalen Foren.

## Entwicklungsfinanzierung (Official Development Assistance, ODA)

- **Jährliche Bereitstellung von mindestens 0,7 % des BNE** für ODA-spezifische Ausgaben, ohne dabei die Kosten für Geflüchtete im Inland anzurechnen. Gleichzeitig darf der BMZ-Etat nicht unter 12,16 Mrd. EUR (Stand 2023) fallen.
- **Mindestens 0,2 % des BNE für Länder mit niedrigem Einkommen** (Least Developed Countries, LDCs) verfügbar machen.
- **Multilaterale Ansätze stärker fördern**, die effektive und effiziente Beiträge zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung leisten.
- **Bilaterale Projektmittel für die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit aufstocken.** Dem BMZ zufolge sollen neu zugesagte Projektmittel, die einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten bis 2025 auf insgesamt 93 % (Hauptziel 8 % und Nebenziel 85 %) erhöht werden. Wichtig ist, dass **mittelfristig 20 % aller BMZ-Projekte Geschlechtergerechtigkeit als Hauptziel** verfolgen.

## Globale Gesundheit

- **Die Stärkung von Gesundheitssystemen** als Priorität der globalen Gesundheitspolitik anzusehen und über die bi- und multilaterale Zusammenarbeit verstärkt voranzutreiben. Ziel muss sein, die allgemeine Gesundheitsversorgung (Universal Health Coverage, UHC) für alle Menschen zu erreichen.
- **Ausreichend Mittel für die Wiederauffüllungskonferenz in 2025 des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria bereitzustellen**, um diese Epidemien bis 2030 zu beenden.
- **Unterstützung der globalen Impfallianz Gavi mit einem angemessenen deutschen Beitrag (750 Mio. EUR) bei der Wiederauffüllungskonferenz in 2025**, um zur nachhaltigen Reduzierung der Kindersterblichkeit beizutragen.

## Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR)

- Deutschland muss seine Verantwortung wahrnehmen und **SRGR national sowie global politisch und finanziell stärken**, insbesondere durch die Unterstützung von IPPF, UNFPA und GFF.
- Deutschland muss den **Zugang zu SRGR-Diensten und -Informationen stärken**, inklusive HIV-Prävention, moderner Verhütung für alle Geschlechter und Integration in die UHC.
- **Jugendfreundliche Dienste, insbesondere umfassende Sexualaufklärung fördern.** SRGR-Dienste sollten für alle Altersgruppen zugänglich sein, mit besonderem Fokus auf die Bedürfnisse und Rechte junger Menschen.

## Forschung und Entwicklung (F&E)

- **Nutzung von Forschung und Innovation** zur Bekämpfung globaler Ungleichheiten und zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele.
- **Initiierung neuer multisektoraler Partnerschaften** zur Abstimmung von Forschungsagenden, Mobilisierung gemeinsamer Investitionen und Nutzung europäischer Instrumente zur Forschungsfinanzierung.
- **Einsatz für das nächste Europäische Forschungsrahmenprogramm FP10** mit einem angemessenen Budget und einem stärkeren Fokus auf globale gesellschaftliche Herausforderungen.
- **Sicherstellung eines gerechten Zugangs zu Innovation** von Anfang an durch die Verknüpfung finanzieller Unterstützung mit "Access Plans", um auch in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen den Zugang zu neuen Technologien zu gewährleisten.

## Globale Gesundheitsforschung

- **Erhöhung der Investitionen in die F&E** von Diagnostika, Impfstoffen und Medikamenten für armutsassoziierte und vernachlässigte Krankheiten.
- **Einführung neuer Pull-Incentives** für kritische Gesundheitsbereiche, in denen Marktversagen herrscht, insbesondere für vernachlässigte Krankheiten und zur Pandemieprävention.
- **Unterstützung und Förderung internationaler Forschungspartnerschaften** und Programme, u.a.
  - **Sicherung einer vierten Förderrunde für PDPs** mit mindestens 100 Mio. EUR.
  - **Unterstützung der EU-Afrika-Forschungspartnerschaft EDCTP3** mit mindestens sechs Mio. EUR in Barmitteln.
  - **Nachhaltige F&E-Förderung** für Impfstoffe, Antibiotika und biologische Gegenmaßnahmen unter Stärkung globaler Initiativen wie CEPI **zur Pandemieprävention.**

## Frauengesundheitsforschung

- **Proportionale Beteiligung von Frauen an klinischen Studien** entsprechend ihrem Anteil an der Krankheitslast und **Schaffung von Anreizen für die Veröffentlichung geschlechtsspezifischer Daten** und die Förderung geschlechtsspezifischer Forschung.
- **Transparente Erhebung geschlechtsspezifischer Daten** zu Studienergebnissen, Nebenwirkungen und therapeutischen Dosierungen.
- **Erhöhung der Investitionen in innovative Verhütungstechnologien:** Nicht-hormonell, anwender\*innenfreundlich, selbstverabreichbar, mit reduziertem Nebenwirkungsprofil, nachhaltig, kostengünstig und auch für Männer geeignet.
- **Verdopplung der Mittel des BMBF-Haushaltstitels „Frauengesundheit und Gender Data Gap“** auf mindestens 25,5 Mio. EUR sowie Erweiterung des Titels um Erläuterungsziffern zu dringenden Forschungsvorhaben im Bereich der Frauengesundheit.